



Adivasi-Rundbrief 59

- Solidarität mit Indiens Ureinwohnern -
Hg.: Adivasi-Koordination in Deutschland e.V.
Jugendheimstr.10, 34132 Kassel
März 2017

Nr.59/1: Jharkhand: Widerstand gegen Einschränkungen bei mehr als 100 Jahre alter Landgesetzgebung

Der Chotanagpur Tenancy Act ist eine Gesetzgebung aus dem Jahr 1908 zum Schutz der Landrechte der Adivasi. Dieses heute noch gültige Gesetz ist unter anderem auf Widerstandsaktivitäten der Adivasi im 19.Jahrhundert zurückzuführen. Bereits in den siebziger Jahren des 19.Jahrhunderts entstand die Bewegung der Sardare, die sich für die Landrechte der Adivasi einsetzten und Prozesse in Kalkutta führten. Die Bewegung gipfelte in dem von Birsa Munda (1872 – 1900) angeführten Aufstand des Munda-Volkes. Wie alle indigenen Gemeinschaften der Region waren die Mundas durch Großgrundbesitzer und Geldverleiher sehr in die Defensive gedrängt worden. Da ihre Landrechte nicht schriftlich fixiert waren, konnten sie von nach Chotanagpur Eingewanderten leicht auf betrügerische Art und Weise um ihren Besitz gebracht werden. Missionare der Lutheraner wie der Katholiken leisteten vor den Gerichten Rechtshilfe. Besonders hervorzuheben hat sich dabei der belgische Jesuit Constant Lievens (1856-1893). Aus dieser Erfahrung an den Gerichten resultierte Lobbyarbeit von Dr. Alfred Nottrott (1837–1924), dem Präses der Lutherischen Gossner Mission, und dem Jesuiten Johannes B. Hoffmann (1857–1928), gegenüber den Kolonialbehörden mit dem Ziel, eine gesetzliche Anerkennung traditioneller, nicht schriftlich fixierter Landrechte zu erreichen. Sie lieferten den Kolonialbehörden die nötigen Informationen über die traditionellen Landrechte. Ein Kernbestandteil dieser Gesetzgebung erschwert den Transfer von Landbesitz von Adivasi („scheduled tribe“) an Nicht-Adivasi. Ein ähnliches Gesetz wie das Chotanagpur Tenancy Act wurde im Jahr 1949 für Gebiete, in denen vor allem Angehörige der indigenen Gemeinschaft der Santal leben, ver-

abschiedet. Es ist bekannt als „Santhal Parganas Tenancy Act“.

Der Landtag des Bundesstaates Jharkhand verabschiedete am 23.November 2016 Gesetzesänderungen für beide Gesetze, welche es erleichtern, Adivasi-Land für Industrieprojekte zu akquirieren. Das Investitionsklima soll so verbessert, die wirtschaftliche Dynamik des Bundesstaates gestärkt werden. Die neue Gesetzgebung bedeutet einen großen Einschnitt. Dayamani Barla, eine bedeutende Repräsentantin der Jharkhand-Adivasi, nannte die Gesetzesänderung einen schwarzen Tag in der Geschichte von Jharkhand. In den letzten Monaten hat die Widerstandsbewegung ihren Protest bereits bei mehreren Gelegenheiten deutlich vernehmbar gemacht. Mehrere Demonstrant*innen wurden bereits bei derartigen Protestaktionen durch die Polizei getötet.

Assault on Tribal Rights, Frontline (print edition) 25.11.2016; Amendments to century-old laws on tribal rights spark protests in Jharkhand, Down to Earth, 24.11.2016



Ein Adivasi von der Gemeinschaft der Muria am Pflug. „Land“ gehört neben „Wald“ und „Wasser“ zu den essentiellen Elementen für den Lebensunterhalt der Adivasi. Der Widerstand gegen den Abbau von Landrechten in Jharkhand ist entsprechend groß. Foto: Collin Key/Flickr. Creative Commons.

Nr.59/2: Polavaram-Staudammbau verzögert sich: mehr Zeit, um für angemessene Entschädigungen zu kämpfen

Das Polavaram-Staudammprojekt ist aktuell eine der größten Infrastruktur-Maßnahmen in Indien. Im Bundesstaat Andhra Pradesh soll der Godavari-Strom aufgestaut werden. Benannt ist das Großprojekt nach der Kleinstadt Polavaram, die mehr als 40.000 Einwohner*innen zählt. Die Pläne für dieses Projekt gehen zum Teil zurück bis in die Zeit des zweiten Weltkrieges. Einen aktiven Widerstand gegen die Maßnahme, durch welche hunderttausende Menschen ihre Lebensgrundlage verlieren werden, gibt es seit Jahrzehnten. Unter anderem dieser Widerstand konnte das Projekt zwar erheblich verzögern, aber nicht aufhalten. Vor wenigen Jahren noch lautete das Motto der Widerstandsbewegung: „Stoppt den Polavaram-Staudamm“. Nachdem die Regierung in Delhi rechtliche Hindernisse aus dem Weg geräumt hatte, begann jedoch im Oktober 2015 der Bau der Staumauer. Zu diesem Zeitpunkt wurde als Termin für die Vollendung des Bauwerkes das Jahr 2018 angegeben. Bauingenieure der Firma Bauer AG aus Schrobenhausen (Oberbayern) gaben im Januar dieses Jahres gegenüber einem deutschen Besucher der Baustelle kund, daß eine Fertigstellung vor 2020 nicht möglich sei. Die Verzögerung bedeutet, daß der Zeitraum, um für angemessene Entschädigungen zu kämpfen, sich erheblich erweitert. Die Behörden haben mit Aktivitäten zur Rehabilitation und Entschädigung in den Dörfern, die im Stausee verschwinden würden, bereits begonnen. Rechtliche Grundlage ist "the Right to Fair Compensation and Transparency in Land Acquisition, Rehabilitation and Resettlement Act, 2013", bekannt auch als „Land Acquisition Act, 2013“. Dieses Gesetz gibt Leitlinien für den Landerwerb durch den Staat vor und legt das Vorgehen und die Prinzipien für Entschädigung, Rehabilitierung und Umsiedlung fest. Man kann sich vorstellen, daß die Dorfbewohner*innen, die möglicherweise nicht einmal lesen und schreiben können, mehrheitlich damit überfordert sind, gegenüber Regierungsvertreter*innen ihre Rechte einzufordern. Die von dem Großprojekt betroffenen Familien, ein Großteil davon Adivasi, benötigen Unterstützung, um für die Wahrung ihrer Rechte kompetent eintreten zu können.

Sie können spenden, so daß betroffene Adivasi bei der Einforderung ihrer Rechte unterstützt werden können: auf das Konto der Adivasi-Koordination (siehe Impressum) mit dem Stichwort „Polavaram“. Weitere Informationen zum Thema „Polavaram-Staudamm“: Adivasi-Rundbrief 56 (www.adivasi-koordination.de).

Polavaram – ein Reisebericht (in Auszügen)

12. Januar 2017 – Besichtigung der Baustelle
 Von der Landschaft wie ich sie bei meinem ersten Besuch vor zwei Jahren gesehen habe, erkenne ich kaum etwas wieder. Überall wird gearbeitet: Felsen und Erdreich abgetragen und woanders in großen Halden abgelagert. Viele der riesigen Steinberge sind temporär. Sie werden geschreddert und zu Baustoffen verarbeitet, die dann im Damm verbaut werden. Hunderte LKW versetzen unermüdlich Erdreich und Gestein. Einige davon sind riesige Kipplaster, die bis zu 120 Tonnen laden können.



Baustelle am Godavari-Fluß. Bild: ASW

13. Januar 2017 – Zweifelhafte Aussichten

Die von Adivasi bewohnten Dörfer sollen, wenn möglich, geschlossen umgesiedelt werden, allerdings ziehen viele der Betroffenen wohl dorthin, wo ihre Verwandten leben. Problematisch ist die geänderte Weise der Entschädigung. Sollte es bisher „Land für Land“ und „Haus für Haus“ für die Adivasi geben, so werden sie jetzt vor die Wahl gestellt und können auch Geld ausgezahlt bekommen. Wird dies tatsächlich so gemacht, würden viele das Geld nehmen und vermutlich ausgeben ohne ihre Zukunft zu sichern. [...] Die Firma Bauer baut am Damm sozusagen das Fundament, genauer: die Abdichtung der Staumauer nach unten. Zur Anlage

gehören diverse Kanäle, Tunnel, Becken, Straßen, Brücken, ein Kraftwerk und natürlich der Stausee. Ist der Damm einmal fertig und geschlossen, wird der See innerhalb einer einzigen Monsunzeit geflutet sein. Es dauert also nur einige Monate, bis die ganze Fläche überschwemmt ist - vergleichbar einer der großen Überschwemmungen der vergangenen Jahre.

Hermann Brünjes

(fmd-online.de/indien/polavaram/news)

„Ich werde mein Haus und mein Dorf verlassen an dem Tag, an welchem sie mir [eine Alternative zeigen] und sagen: „Dies ist dein [neues] Haus, dies ist dein Baum, dies ist dein Land, dies ist dein Wald“. Bis das passiert, bleibe ich. Sie sollen mir auch die Straße zeigen, die zu meinem Wald, zu den Hügeln führt zeigen und sie sollen mir auch meinen Lebensunterhalt gewährleisten. Dann werde ich gehen“.

Suramma, Frau von der indigenen Gemeinschaft der Koya aus dem Dorf Chegondapally, Unterdistrikt Polavaram

(Quelle: <http://indiatogether.org/polavaram-human-rights> 2.9.2016)

Nr.59/3: „Wenn unser Land weg ist, essen wir dann Kohle?“: Kohle-Abbau: Betroffene werden weder angemessen konsultiert noch ausreichend entschädigt. Studie von *amnesty international*

Landerwerb und Bergbauarbeiten des indischen Staatsunternehmens "Coal India Limited", des größten Kohleförderers der Welt, haben tiefgreifende Folgen für indigene Adivasi-Gemeinschaften. Ganze Dörfer müssen gigantischen Tagebauten weichen, ohne dass die Bewohner*innen vorher gefragt oder überhaupt darüber informiert werden, dass ihr Land von der Regierung erworben wurde. Obwohl sie durch den Kohleabbau ihr Land verloren, wurden Betroffene weder konsultiert noch entschädigt. Dies dokumentiert der neue Amnesty International-Bericht "When land is lost, do we eat coal?" („Wenn unser Land weg ist, essen wir dann Kohle?“)

"Die indische Regierung plant eine annähernde Verdopplung der Kohleproduktion bis 2020. 'Coal India' hat das Ziel, eine Milliarde Tonnen Kohle jährlich zu fördern. Und trotzdem scheinen sich weder das Unternehmen noch die indische Regierung und die bundesstaatlichen Behörden darum zu scheren, mit den schutz-

bedürftigen Adivasi-Gemeinschaften, deren Land für den Kohleabbau gekauft und deren Wälder zerstört werden, zu sprechen oder ihnen zuzuhören", sagte Aakar Patel, Direktor von Amnesty International in Indien. "Repressive Gesetze, eine mangelhafte Umsetzung von bestehenden Sicherheitsmaßnahmen und die Missachtung von Menschenrechten durch Unternehmen bringen die Adivasi nun dazu, sich gegen die Erweiterung der Minen zu stellen, von denen sie einst dachten, dass sie ihnen Arbeit und Wohlstand bringen würden. Sie fordern Wiedergutmachung für die erlittenen Menschenrechtsverletzungen."

Der Amnesty-Bericht deckt ein Muster von Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit Kohleminen auf, die von Tochterunternehmen von "Coal India" betrieben werden. Es handelt sich dabei um die Kusmunda-Mine in Chhattisgarh von "South Eastern Coalfields Limited", die Tetariakhar-Mine in Jharkhand von "Central Coalfields Limited" und die Mine Basundhara-West in Odisha von "Mahanadi Coalfields Limited". Der Bericht zeigt auf, dass die Tochterunternehmen von "Coal India" sowie Ministerien und Behörden nicht sichergestellt haben, dass die Adivasi-Gemeinschaften umfassend konsultiert werden, wenn es um Themen geht, die tiefgreifende Auswirkungen auf ihr Leben und ihre Lebensgrundlage haben.

Mangelnde Umsetzung von Gesetzen zum Umweltschutz und zum Schutz von Adivasi

Die Gesetze über den Umweltschutz in Indien sehen eigentlich vor, dass Umweltschutzbehörden öffentliche Konsultationen mit den lokalen Gemeinschaften durchführen, die mit großer Wahrscheinlichkeit von industriellen Projekten betroffen sind. So soll ihnen die Möglichkeit gegeben werden, ihre Sorgen zu äußern. Die öffentlichen Konsultationen, die in den Gebieten der drei Minen stattgefunden haben, waren mangelhaft.

Umweltschutzbehörden haben nur in wenigen Fällen versucht, auf die Betroffenen zuzugehen, von denen viele nicht gut lesen und schreiben können. Auch haben sie sich nur selten bemüht, die Auswirkungen des Tagebaus darzulegen. Beratungsausschüsse des Ministeriums für Umwelt, Forstwirtschaft und Klimawandel behandelten die Sorgen, die bei öffentlichen Anhörungen ausgesprochen worden waren, oft

nur oberflächlich, bevor sie die Umweltgenehmigung für den Ausbau der Minen erteilten.

„Anhörungen werden als bürokratische Hürde betrachtet“

Im Zusammenhang mit den drei Minen von "Coal India", die untersucht wurden, kaufte die Regierung das Land, ohne die betroffenen Familien direkt zu informieren oder sie über ihre Umsiedlung zu konsultieren. Die einzige amtliche Mitteilung war meist eine Erklärung der Regierung über ihre "Kaufabsicht" in einem Amtsblatt, zu dem die Betroffenen so gut wie keinen Zugang hatten. "Erschwerend kommt hinzu, dass sich aufeinanderfolgende Regierungen in Delhi in den vergangenen Jahren bemühten, die Anforderungen an öffentliche Anhörungen für bestimmte Minenarten herabzusetzen, und so die Rechte der örtlichen Gemeinschaften weiteren Gefahren ausgesetzt haben", so Aruna Chandrasekhar, Expertin für Wirtschaft und Menschenrechte bei Amnesty International Indien. "In den drei Minen scheinen die Behörden und Unternehmen die öffentlichen Anhörungen nicht als echte Möglichkeit betrachtet zu haben, um die Bedenken der Gemeinschaft anzuhören und anzugehen, sondern vielmehr als bürokratische Hürde, die man überwinden muss."

Missachtung von Menschenrechts-Verpflichtungen durch Unternehmen

Nach internationalen Standards - wie den UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte - sind "Coal India" und ihre Tochterunternehmen dafür verantwortlich, dass Menschen im Zusammenhang mit ihren Projekten nicht zu Schaden kommen. Hierfür müssen sie im Vorfeld menschenrechtliche Risiken prüfen und diese gegebenenfalls abwenden. "'Coal India' hat wissentlich von Landkäufen profitiert, bei denen die Menschenrechte von Tausenden Menschen verletzt wurden", so Aruna Chandrasekhar. "Das Unternehmen kann nun nicht mit dem Finger auf die Regierung zeigen, um sein eigenes Versagen beim Schutz der Gemeinschaften zu verteidigen."

Amnesty International Deutschland Pressemitteilung 14.7.2016 – Download des amnesty-Berichtes:

<https://www.amnesty.org/en/documents/asa20/4391/2016/en/>

Nr.59/4 Buchvorstellung: Geschichten aus dem Dschungel. Erzählungen der Warli Adivasis in Thane, Maharashtra

Die Warli sind eine etwa 300.000 Köpfe zählende Adivasi-Gemeinschaft, die unter anderem im Distrikt Thane nordöstlich von Mumbai lebt. Mit dem neu erschienen Buch werden Geschichten, Fabeln oder Parabeln zu Papier gebracht. Diese entstammen der mündlichen Überlieferung und behandeln verschiedene Aspekte der Stammesgeschichte, der Lebensweise der Kultur und des Ethos der Adivasi-Gemeinschaft. Die Geschichten werden von Priesterinnen bei Hochzeitszeremonien gesungen, von den Geschichtskundigen der Gemeinschaft bei Zeremonien oder einfach von alten Männern und Frauen den Jüngeren informell weitergegeben. Die mündliche Überlieferung stirbt immer mehr aus, der Assimilationsdruck ist hoch. Die im Distrikt Thane seit vielen Jahren aktive NGO Kashtakari Sanghatna hat die Geschichten gesammelt und dokumentiert sowie Hintergrundinformationen zu jeder Geschichte zusammengestellt. Die Übersetzung aus der englischen Erstausgabe besorgte Johannes Laping, Mitglied der Adivasi-Koordination.

Geschichten aus dem Dschungel. Erzählungen der Warli Adivasis in Thane, Maharashtra. Gesammelt, bearbeitet und übersetzt von Pradip Prabhu und Shiraz Bulsara für Kashtakari Sanghatna. 60 Seiten Draupadi Verlag, Heidelberg, 2016. Leseprobe: Adivasi-Rundbrief 47 (www.aktivasi-koordination.de/rundbriefe).

Adivasi-Rundbrief Nr. 59, März 2017

Herausgeber: Adivasi-Koordination in Deutschland e.V., Hans Escher, Weiherstr. 12, 35578 Wetzlar, escher_hallwas@freenet.de; Dr. Theodor Rathgeber, 34132 Kassel. Spenden zur Deckung der Kosten sind sehr erwünscht. Spendenkonto der Adivasi-Koordination bei der Evangelischen Bank, IBAN DE 60 5206 0410 0004 0037 64 BIC GENODEF1EK1. Vertrieb: Einzelzustellung (per email) und Beilage in der Zeitschrift SÜDASIEN. Die Veröffentlichung des Rundbriefes in SÜDASIEN wird gefördert durch das Evangelische Missionswerk (EMW) Hamburg. Sämtliche Adivasi-Rundbriefe ab 1997 sind zugänglich unter www.aktivasi-koordination.de